

VR-08 GRÜNE Strukturen auf dem Land stärken (V-53, V-71 geeint)

Gremium: KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Nadine Mai (KV Pinneberg)
Beschlussdatum: 11.10.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige
2 Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Zusammenarbeit und Solidarität sowie das
3 Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht,
4 trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige
5 Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert:
6 „Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die
7 strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen.“ Diesen Satz wollen
8 wir mit Leben füllen.

9 Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute jedoch sehr
10 unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele
11 Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber
12 stehen im ländlichen Raum oft viele Einzelkämpfer*innen für unsere Partei ein.
13 Besonders nach den letzten Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen
14 Bundesländern mit einem teils dramatischen Rückgang der bündnisgrünen
15 Wahlergebnisse müssen wir uns als Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den
16 kommenden Jahren an einer Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im
17 Land arbeiten. Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen
18 wir uns unterhaken und auch anerkennen, dass wir die Präsenz und Kommunikation
19 unserer Politik in den ländlicheren Regionen verbessern müssen.

20 So muss die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen möglichst permanent
21 gewährleistet sein. Zudem muss in unseren politischen Programmen verstärkt die
22 Lebensrealität der ländlichen Räume in den Fokus rücken, um den bereits
23 vorhandenen (Demokratie-)Frustr der Menschen hier abzubauen. Ihre Bedürfnisse
24 werden zwar regelmäßig von der Politik artikuliert, jedoch ist dafür in den
25 vergangenen Jahren abseits der Städte und Ballungsgebiete zu wenig passiert,
26 egal ob es den Ausbau des ÖPNV, die Daseinsvorsorge oder die soziale Teilhabe
27 betrifft.

28 Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:

- 29 1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu
30 städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;
- 31 2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;
- 32 3. organisatorisch, finanziell und personell die Orts- und Kreisverbände aus
33 ländlichen Regionen gezielt stärken.

34 Zu 1. Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche
35 Regionen mitdenken und realistische Angebote für die hier lebende Bevölkerung
36 machen. So ist bspw. ein Deutschlandticket für Menschen in Regionen, in denen
37 das einzige verfügbare öffentliche Verkehrsmittel der drei Mal werktätlich

38 verkehrende Schulbus ist, kein sinnvolles Angebot. Ein weiteres Beispiel stellen
39 Fragen der grundlegenden Daseinsvorsorge, wie der Gesundheitsvorsorge, dar. So
40 sind bspw. notwendige Reformen der Krankenauslandschaft ohne neue Ideen und/oder
41 Projekte der medizinischen Versorgung, losgelöst von Sektorengrenzen, in bereits
42 unterversorgten – und häufig von älteren Menschen bewohnten – ländlichen
43 Regionen nicht sinnvoll. Der Eindruck, dass bündnisgrüne Politik alleine für ein
44 (groß-)städtisches Milieu gemacht wird, ist bereits vorhanden; dem gilt es,
45 programmatisch klar entgegen zu wirken und die Ausdifferenzierung klar
46 anzusprechen.

47 Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch
48 außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren
49 ausdifferenzierteren Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen
50 Bedürfnisse der Regionen gerecht zu werden, muss die Basisarbeit unserer Partei
51 verstärkt werden. Nur so können wir verstehen, welche Themen die Menschen
52 bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Die Kampagnen müssen dieses Ziel
53 unterstützen. Gleichzeitig braucht es die Präsenz Bündnisgrünen Spitzenpersonals
54 auch abseits der Wahlkämpfe in der Fläche. Denn nur durch einen nachhaltigen
55 Aufbau von Netzwerken, Knowhow und örtlicher Verankerung der Parteistrukturen
56 schöpfen Menschen Vertrauen in unsere Arbeit. Den Mitgliedern, die hier
57 unterteiltens prekären Bedingungen und in einem aufgeheizten Diskussionsklima für
58 unsere Politik eintreten, müssen wir verlässlich und kräftig unter die Arme
59 greifen und in eine gute und gleichmäßige Arbeit aller Parteiorgane investieren.
60 Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und das Bekenntnis der ganzen Partei, die
61 kleineren Kreisverbände zu unterstützen.

62 Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich
63 auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der
64 Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner
65 Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen
66 deutlich gestärkt werden. Anstatt einer Basisfinanzierung, die an
67 Mitgliederzahlen orientiert ist, müssen wir hin zu einer Finanzierung, die die
68 konkreten Herausforderungen berücksichtigt und bessere Chancen für den
69 politischen Dialog vor Ort ermöglicht. Gerade die kleineren Landes- und
70 Kreisverbände stehen meist vor größeren Herausforderungen und sollten daher
71 nicht für immer auf Sondertöpfe und Solifonds angewiesen sein. Daher müssen wir
72 in gemeinsamer Verantwortung im ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für
73 unsere politische Arbeit vor Ort stellen. Denn eine wirksame und nachhaltige
74 politische Arbeit nur über die Einführung und Schaffung von mehr hauptamtlichen
75 Stellen möglich, die die Kreisverbände unterstützen oder noch besser, direkt vor
76 Ort angesiedelt werden. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung
77 und die Übernahme von Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung,
78 Website, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die
79 Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und den
80 Mitgliedern konzentrieren können. Diese Arbeit muss durch gute Bezahlung und
81 langfristige Absicherung zudem stärker wertgeschätzt werden. Die Kosten dafür
82 müssen durch den Bundes- und die Landesverbände im solidarischen Verbund
83 getragen werden, wobei mehr Geld bei weniger Mitgliedern zur Verfügung gestellt
84 wird.

85 Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher

- 86 a) Im Haushalt 2025 kurzfristig ein Sonderbudget u.a. für den
87 Bundestagswahlkampf sowie eine deutliche Erhöhung des Strukturfonds eingerichtet
88 werden, damit die Landesverbände der strukturschwachen Bundesländer strukturelle
89 Nachteile in ihren Geschäftsstellen und besonders in den Kreisverbänden durch
90 mehr Personalkapazitäten, Materialkostenübernahme und Organisationshilfe
91 ausgleichen können.
- 92 b) Es sollen zusätzlich feste organisatorische Mitarbeitende für die
93 Vorbereitung, Organisation und Kommunikation von Veranstaltungsformaten und
94 Wahlwerbung für die entsprechenden strukturschwachen Landesverbände in der
95 Bundesgeschäftsstelle eingeplant werden.
- 96 c) Der Bundesvorstand, die organisatorische Geschäftsführung und der
97 Bundesfinanzrat werden gebeten, bis zur nächsten Bundesdelegiertenversammlung
98 einen Vorschlag zu einer neuen solidarischen Finanzierung der Partei BÜNDNIS
99 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, die nicht nur an Mitgliederzahlen gekoppelt ist,
100 sondern weitere Merkmale einbezieht und Strukturnachteile besser ausgleicht:
101 Diese Kriterien könnten u.a. die Flächengröße der Kreise, die Fraktionsgröße in
102 Kommunen und Landtag, Kommunikationsaufwand (u.a. bei hoher AfD-Präsenz vor Ort)
103 sein. Dazu schlagen wir vor, dass alle Kreisverbände mit wenig Mitgliedern und
104 in ländlichen Regionen finanziell in die Lage versetzt werden, eine
105 Kreisgeschäftsstelle zu unterhalten und bei der Anstellung von hauptberuflichen
106 Geschäftsführer*innen bezuschusst werden.

Begründung

Durch die Wahlergebnisse der letzten Kommunal- und Landtagswahlen haben viele Kreisverbände Ressourcen verloren. Sie machen deutlich, dass bündnisgrüne Positionen in ländlichen Regionen keine Mehrheiten mehr finden und teilweise nicht mehr existent sind. Die unzähligen Gespräche während dieser Wahlkämpfe zeigen, dass das bündnisgrüne Angebot für ländliche Regionen unzureichend ist und die Lebensrealität der Menschen nicht mehr abbildet. Der Zustand unserer bündnisgrünen Infrastruktur im Ländlichen Raum weist viele Parallelen zu allgemeinen infrastrukturellen Problemen in Deutschland auf. An vielen Stellen ist sie schlecht ausgebaut, unterbesetzt, unterfinanziert und dadurch marode. Es drohen wichtige Brücken der demokratischen Teilhabe einzubrechen.

Es braucht daher eine fundamentale Neuausrichtung der Unterstützung ländlicher Regionen und der Kommunikation unserer Botschaften, um die bündnisgrünen Ideen und Visionen direkt in die Gesellschaft zu tragen. Dies gilt umso mehr, wenn gerade kein Wahlkampf ist. Wir dürfen nicht anderen Akteuren die Erzählung über uns Bündnisgrüne überlassen, sondern müssen die Hoheit über unser kommunikatives Narrativ zurückgewinnen. Nur so können wir Ressentiments und offene Ablehnung bis hin zu Hass und Gewalt gegen uns eindämmen.

Viele Mitglieder sind im Jahr 2024 eingetreten, um aktiv den Kampf gegen Rechts und für Demokratie und Freiheit zu unterstützen. Sie möchten, dass wir uns mit ganzer Kraft gegen das Erstarken von rechtsnationalistischen und populistischen Parteien wenden. Viele haben sich in diesem Jahr schon selbst engagiert, haben besonders die Ostverbände im Wahlkampf durch Wahlkampfurlaub und Spenden unterstützt. Diesen Kampfgeist sollten wir auch in einer solidarischen Finanzierung und Strukturierung der Partei abbilden. Um die Herausforderungen der Bundestagswahl und einer weiteren politischen Basisarbeit vor Ort angehen zu können, braucht es jetzt kräftige Unterstützung für unsere Freund*innen: Denn positive Zukunftserzählungen brauchen Menschen vor Ort, die sie leben und für die eigene Region übersetzen. Gerade der ländliche Raum hat enorme Chancen für Innovationen sowie klimafreundliches und bezahlbares Leben. Mit einem Schub für Digitalisierung, der Leben und Arbeiten

auf dem Land ermöglicht. Einer Energiewende, die vor Ort gestaltet werden kann und sich im eigenen Portemonnaie bemerkbar macht und Möglichkeiten für regionale Wertschöpfung bietet. Nur mit dem ländlichen Raum und einem Bekenntnis zum Zusammenhalt zw. Stadt und Land können wir ein klimaneutrales, gerechtes Deutschland erreichen. Unsere Parteiorgane stehen in der Verantwortung, dies überall im Land zu verdeutlichen und einen Dialog darüber zu ermöglichen. Dafür braucht es Ressourcen und Mittel. Bitte stimmt dem Antrag zu!

weitere Antragsteller*innen

Tom Gürtler (KV Gotha); Matthias Kaiser (KV Gotha); Gerrit Dreier (KV Gotha); Pia Tischer (KV Gotha); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Christian Iltner (KV Hamburg-Mitte); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Arnd Hemken (KV Pinneberg); Sören Lerke (KV Pinneberg); Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Michael Jahn (KV Esslingen); Erika von Kalben (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Dietrich Herrmann (KV Dresden); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Carlos Manuel da Silva Costa Salgado (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.